

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Rhein-Neckar-Zeitung GmbH, Neugasse 2, 69117 Heidelberg
Internet: www.rnz.de. Erscheint werktäglich in 9 Ausgaben



Zustell-Service: Tel. (0 62 21) 5 19 - 13 00, Fax 5 19 - 9 13 00.
Anzeigen-Annahme: Tel. (0 62 21) 5 19 - 11 90, Fax 5 19 - 9 11 50.
Verlag und Redaktion: Tel. (0 62 21) 5 19 - 0, Fax: 5 19 - 9 50 00.

HEIDELBERGER

NACHRICHTEN

Auszug aus der Ausgabe Nr. 262 vom 12.11.2019

© Rhein-Neckar-Zeitung

Immer mehr leben ohne Wohnung

678 000 Menschen obdachlos

Berlin. (AFP) Die eigenen vier Wände, das vertraute Eigenheim, der Ort des Rückzugs: Für viele Menschen in Deutschland ist der Wunsch danach unerreichbar. Die Zahl der Obdachlosen in Deutschland ist einer Schätzung zufolge im vergangenen Jahr gestiegen. 2018 waren 678 000 Menschen ohne Wohnung, 4,2 Prozent mehr als im Vorjahr, wie die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Wohnungslosenhilfe gestern erklärte.

Die BAG beklagte den Mangel an bezahlbarem Wohnraum sowie die „Schrumpfung des Sozialwohnungsbestandes und die Verfestigung von Armut“. Notwendig sei der Bau von jährlich bis zu 100 000 neuen Sozialwohnungen. Laut der neuen Schätzung gab es im vergangenen Jahr rund 237 000 wohnungslose Menschen – Flüchtlinge nicht einbezogen – sowie etwa 441 000 wohnungslose anerkannte Flüchtlinge.

2017 lag die Zahl der Wohnungslosen demnach bei insgesamt fast 651 000 Menschen. Davon waren rund 416 000 anerkannte Flüchtlinge und rund 234 000 Menschen ohne Fluchthintergrund. Der Schätzung zufolge lebten im vergangenen Jahr etwa 41 000 Menschen ohne jegliche Unterkunft auf der Straße. Rund 70 Prozent der wohnungslosen Menschen ohne Fluchthintergrund waren alleinstehend, 30 Prozent lebten mit Partnern und/oder Kindern zusammen. Die BAG Wohnungslosenhilfe schätzt die Zahl der Kinder und minderjährigen Jugendlichen auf acht Prozent, der Frauenanteil liegt demnach bei 27 Prozent. Bei diesen Zahlen sind die wohnungslosen Flüchtlinge nicht berücksichtigt.

Es mangelt an Sozialwohnungen

Die Geschäftsführerin der BAG Wohnungslosenhilfe, Werena Rosenke, kritisierte, es fehle „insbesondere an bezahlbarem Wohnraum für Menschen im Niedrigeinkommensbereich und für anerkannte Geflüchtete.“ Besonders gefährdet seien Alleinerziehende und junge Erwachsene. Aber auch die drohende Altersarmut, die Generation der Billigjobber, der Soloselbständigen und anderer prekär beschäftigter Menschen bereite „große Sorge“.

Nach Einschätzung der Wohnungslosenhilfe werden jährlich bis zu 100 000 neue Sozialwohnungen sowie weitere 100 000 bezahlbare neue Wohnungen gebraucht. Tatsächlich seien aber etwa 2017 lediglich 27 000 neue Sozialwohnungen gebaut worden. Für die Jahre 2020 und 2021 habe die Bundesregierung zudem die Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau mit jeweils einer Milliarde Euro niedriger angesetzt als in den Vorjahren.

Der Bundesvorsitzende der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU), Robert Feiger, sprach von einem „Alarmruf an die Wohnungsbaupolitik“. „Deutschland leidet – gerade im bezahlbaren Bereich – unter einem enormen Wohnungsmangel und unter einer dramatischen Sozialwohnungsnot.“ Im Schnitt seien allein in den vergangenen drei Jahren 84 550 Sozialwohnungen jährlich aus der Bindung gefallen. Feiger forderte als „Minimal-Ziel“ der Politik wieder zwei Millionen Sozialwohnungen bis 2030.

VdK-Präsidentin Verena Bentele erklärte, „gerade die Zahl der betroffenen Kinder und Jugendlichen macht uns große Sorgen“. Der wohnungspolitische Sprecher der Grünen-Fraktion, Chris Kühn, nannte die Zahlen ein „Armutzeugnis“. Die Bundesregierung müsse Wohnungslosigkeit „endlich wirksam bekämpfen“.